



Nr. 277 | 15.06.2021

Polen-Analysen

30 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag II

■ ANALYSE	
Begegnungen der Menschen fördern: der deutsch-polnische Jugendaustausch	2
Lothar Harles, Alfter	
■ KOMMENTAR	
30 Jahre Abkommen über das Deutsch-Polnische Jugendwerk – durch Krisen gestärkt	6
Michael Lingenthal, Meine	
■ STATISTIK	
Der vom DPJW geförderte Jugendaustausch	9
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Aufruf der Kopernikus-Gruppe zum 30. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags	13
<hr/>	
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen (Stand: 14. Juni 2021)	14
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 1. – 14. Juni 2021	19
<hr/>	
■ CHRONIK	
1. – 14. Juni 2021	19
<hr/>	
■ VERANSTALTUNG	
Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Konferenz	21

Begegnungen der Menschen fördern: der deutsch-polnische Jugendaustausch

Lothar Harles, Alfter

DOI: 10.31205/PA.277.01

Zusammenfassung

Vor genau 30 Jahren wurde der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag geschlossen. Er wurde zum Fundament für eine beispiellose politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Annäherung. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement sollte gefördert werden durch Zusammenarbeit und Austausch, was bisher in einem geteilten Europa nicht wirklich möglich war. Als eine der wichtigsten Aufgaben definiert der Vertrag den deutsch-polnischen Jugendaustausch und beschloss die Gründung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW/*Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży – PNWM*). Der Beitrag beschreibt die mitunter schwierige Aufbauphase des Jugendwerks, die unterschiedlichen Ausgangslagen und Ansätze in beiden Ländern. Die insgesamt erfolgreiche Zwischenbilanz wird von Anregungen für die nächsten Jahre ergänzt, die auch die Erfahrungen des Jugendaustausches unter Pandemiebedingungen berücksichtigen.

Deutsch-polnischer Jugendaustausch vor und während der Wende 1989/90

Zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des »Abkommens über das Deutsch-Polnische Jugendwerk« am 17. Juni 1991 durch die Außen- und die Jugendminister beider Staaten soll eine Zwischenbilanz zur Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft im Bereich des Jugendaustausches gezogen werden. Nicht immer herrschte politisch eitel Sonnenschein, es kamen zwischenzeitlich auch Gewitter und Stürme auf. Hier wird es vor allem um die Zeiten mit klarer Sicht sowie um einige Wolken gehen.

Als das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) nach diversen Vorbereitungsarbeiten vor knapp 30 Jahren seine Arbeit aufnahm, konnte es in Deutschland an eine Vielzahl von Beziehungen anknüpfen, die sich unter den Vorzeichen des Ost-West-Konflikts entwickelt hatten. Aus der Zivilgesellschaft im Westen waren es u. a. die Kirchen, Jugendverbände im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) wie die Pfadfinder sowie die Deutsche Sportjugend, die bereits einen Austausch mit Polen pflegten. Eine Reihe Bundesländer mit besonderen Bezügen zu Polen und der Bund waren ebenfalls für den Jugend- und Schulaustausch tätig. Zahlreiche deutsch-polnische Städte- und Gemeindeparterschaften wurden seit den 1970er Jahren gegründet. Eine wichtige Rolle spielte zudem die Versöhnungsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF). Schon lange vor 1991 setzte ASF wichtige Impulse für das Miteinander, zum Beispiel durch die Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz und Freiwilligendienste an Orten im heutigen Polen, wo in der Zeit der deutschen Besatzung Konzentrationslager errichtet worden waren. Nach der Versöhnungsmesse im niederschlesischen Kreisau (Krzyżowa), an der der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki im

November 1989 teilgenommen hatten, spielte die Idee, eine Internationale Jugendbegegnungsstätte in Kreisau aufzubauen, eine große Rolle.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die unterschiedlichen Traditionen der Beziehungen in West und Ost. Auch von Seiten der DDR bestanden über »Ferienmaßnahmen« im Rahmen eines staatlich organisierten Jugendaustausches Kontakte zum sozialistischen Bruderland Polen. Das Miteinander zwischen den Nachbarländern gestaltete sich aber nicht spannungsfrei.

Das Interesse auf deutscher Seite war groß, die Chancen der Wende in Deutschland und der Transformation in Polen für einen Aufbruch im Miteinander zu nutzen. Dies korrespondierte mit dem ebenfalls hohen Interesse der polnischen Gesellschaft an einem Aufbau und Ausbau der Beziehungen.

Bei den zahlreichen Neugründungen von Initiativen und Einrichtungen ging es den Trägern in Polen erst einmal darum, die eigene Arbeit aufzubauen und dafür Arbeitsstrukturen zu schaffen. Der Kontakt mit und das Kennenlernen von Partnern aus dem Ausland wurde dabei als sehr hilfreich empfunden, weil der Erfahrungsaustausch und der Aufbau von Kooperationsstrukturen beide Seiten bereicherte. Die Unterstützungsmöglichkeiten des DPJW stellten hier eine große Hilfe dar.

Die politischen Rahmenbedingungen waren für diese Entwicklungen ausgesprochen förderlich. Erinnert sei nur an die Abschaffung der Visagebühren im Jahr 1990 und die Einführung der Visafreiheit für Austauschbesuche sowie die Unterzeichnung der verschiedenen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Polen bereits in den Jahren vor der Gründung des DPJW. Wesentlich für das verstärkte Interesse am Jugendaustausch, der immer auch den Schüleraustausch einschloss, war die Errichtung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks als binationale Einrichtung mit Sitz in Potsdam

und Warschau im Jahr 1991 und dessen Ausstattung mit eigenen Finanzmitteln. Seit Aufnahme der Tätigkeit im Jahr 1993 konnten sich mit Unterstützung des DPJW mehr als drei Millionen junger Menschen begegnen.

Einen Einblick, wie die westdeutsche Seite die Lage der Jugend in Polen einschätzte, gibt die Materialsammlung des Jugendministeriums der Bundesrepublik Deutschland vom November 1989 zur Information der Trägerorganisationen: »Wohnungsnot, Desorientierung und Auswanderung kennzeichnen die soziale Lage der Jugend in Polen heute. [...] Schlüsselerlebnisse für die junge Generation sind Krise, Kriegsrecht und politischer Umbruch im Land. [...] 1979 herrschte noch die Hoffnung vor, dass Veränderungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft möglich seien und der Glaube daran erhielt insbesondere in den Jahren 1980/81 neue Nahrung. Aber die Krise ließ keinen Spielraum [...].«

Gemeinsamkeit als Grundsatz des DPJW

1989 nahmen 3.000 deutsche und 2.000 polnische Jugendliche an rund 200 Programmen des internationalen Jugendaustausches teil, die von der deutschen Bundesregierung gefördert wurden. Hinzu kamen Aktivitäten, die von den Bundesländern, den Kommunen und privat unterstützt wurden. Von polnischer Seite liegen mir keine Zahlen vor; zu diesem Zeitpunkt gab es auch noch keine systematische Förderung für den Austausch mit dem Westen. 30 Jahre später wurden im Jahr 2019 laut Geschäftsbericht des DPJW 38.880 Teilnehmende aus Deutschland und 40.069 aus Polen bei Begegnungen gezählt.

Dieser Erfolg ist entscheidend dem Umstand zu verdanken, dass das DPJW Begegnungen, Austausch und Zusammenarbeit auf der Grundlage von Richtlinien fördern konnte, die seit der Gründung im Wesentlichen unverändert gelten. Unter der Maßgabe, dass die finanzielle Förderung immer die direkte Begegnung der Beteiligten zum Ziel haben muss, ermöglichen sie den Trägern – ganz praxisorientiert – große Gestaltungsspielräume. Als zweite Komponente baut das DPJW auf die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft beider Länder über sog. Zentralstellen. Das sind Partnerinstitutionen, die für Antragsteller aus einer bestimmten Region oder mit einer bestimmten Zugehörigkeit (Kirche, Pfadfinder) zuständig sind. Unter Beachtung der Förderrichtlinien gestalten die Zentralstellen in eigener Verantwortung die Austauscharbeit und entwickeln sie weiter. Auch hier wird – wie bei den Austausch-Begegnungen – darauf geachtet, dass polnische und deutsche Partnerorganisationen zusammenarbeiten. Auf polnischer Seite war diese Arbeitsstruktur anfangs nicht selbstverständlich, sie hat sich aber inzwischen eingespielt und stellt einen wichtigen Bestandteil der Infrastruktur des Austausches dar. Die Ausrichtung auf bila-

terale Gemeinsamkeit gilt auch für das DPJW selbst. In die Geschäftsführung wird je eine Person von deutscher und von polnischer Seite berufen. Beide sind gemeinsam für die Arbeit verantwortlich. Die Büros in Warschau und Potsdam sind binational besetzt. Die laufenden Geschäfte werden nicht nach nationalen Kriterien betrieben, sondern nach sachlichen Erfordernissen, bestimmt von gemeinsam festgelegten Grundsätzen. So wie das DPJW bei den geförderten Maßnahmen fordert, dass es zu einer Begegnung kommt, praktiziert es im Büro selbst Begegnung als Grundsatz. Als dritte Komponente ist die Fähigkeit der Verantwortlichen im DPJW zu nennen, immer wieder neue Herausforderungen aufzugreifen und flexibel auf Bedürfnisse zu reagieren. Hier denke ich an den Ausbau von Praktika zur Berufsorientierung, Berufsvorbereitung oder Weiterbildung, an die Freiwilligendienste, die Sonderaktionen aus Anlass der Oderhochwasser in verschiedenen Jahren oder die Zusammenarbeit mit Drittländern wie der Ukraine. Auch das Förderprogramm »Individueller Jugendaustausch #2amongmillions« gehört in diese Reihe innovativer Ideen: Es ermöglicht niedrigschwellig, dass deutsche und polnische Jugendliche, die sich bei einem Austausch kennengelernt haben, Kontakt halten. Diese kreative Grundhaltung hat sich auch in den vergangenen Monaten der Corona-Pandemie gezeigt: Entwickelt wurden Online-Angebote und Sonderbedingungen für die Projektförderung. Dadurch ist es gelungen, die Infrastruktur des Austausches und dessen Fortsetzung aufrecht zu erhalten, auch wenn Begegnungen vor Ort pandemiebedingt praktisch unmöglich waren. Das Beratungsangebot, die Erstellung von Informationsmaterialien und Arbeitshilfen sowie Fortbildungen machen deutlich, dass sich das DPJW als Dienstleister versteht.

Finanzielles und Formales

Auch von den finanziellen Mitteln, die für den Austausch zur Verfügung stehen, muss gesprochen werden, weil sie eigentlich nie ausreichen. Grundsätzlich übernimmt das DPJW nicht einfach die Kosten einer Begegnung, sondern bestimmt Festbeträge für einzelne Positionen, die unterstützt werden sollen, zum Beispiel Fahrtkosten, Aufenthaltskosten oder Kosten für die Sprachmittlung. Der tatsächliche Aufwand, der damit nicht vollständig gedeckt ist, muss in Verantwortung der Träger über Teilnahmebeiträge, Eigenbeiträge der Träger, Eigenleistungen, Spenden oder andere Zuschüsse aufgebracht werden. Der Bedarf der Träger überstieg immer die beim DPJW vorhandenen Mittel. Als Antwort auf die Frage, wie das Geld trotzdem »gerecht« verteilt werden könnte, wurde als Notlösung die »Quote« erfunden. Das Verfahren wurde für Einzelantragsteller etwas anders gehandhabt als für Zentralstellen. Die Bewilligung des möglichen Zuschusses auf der Grund-

lage der Festbeträge wurde je nach Jahr auf durchschnittlich jeweils rund 50 Prozent festgelegt, also die Hälfte der anerkannten Festbeträge. Die Zentralstellen konnten je nach Situation auch andere Prozentsätze festlegen, solange der Gesamtdurchschnitt für alle Maßnahmen im Jahr eingehalten wurde.

Erfreulicherweise ist es durch politische Lobbyarbeit immer wieder gelungen, die Regierungen und Parlamente in beiden Staaten über die Jahre davon zu überzeugen, dass eine Erhöhung der Haushaltsmittel erforderlich ist. Mehr Geld hieß aber nicht unbedingt, dass nun mehr gemacht werden konnte. Auch die bestehenden Aufgaben sind umfangreicher geworden, u. a. wurde seit Januar 2019 nach langjährigen Verhandlungen die Förderung des Schulaustausches der deutschen Schulen übernommen. Diese lag bis dahin in der alleinigen Zuständigkeit der deutschen Bundesländer. Im Sinne des Grundsatzes der Subsidiarität hat das DPJW Fördervereinbarungen mit großen Trägern abgeschlossen, die im laufenden Jahr und darüber hinaus Planungssicherheit garantieren und den langfristigen Aufbau von Zusammenarbeit, Experimente und Innovation sowie eigene Wege der Qualitätssicherung ermöglichen.

Im Prinzip wird der Etat von beiden Ländern zu gleichen Teilen getragen, aber die Praxis zeigt, dass das nicht immer gelingt. Die Partnerregierungen mussten sich mit Rücksicht auf Bevölkerungszahlen, Wechselkurs und Wirtschaftsentwicklung auf Kompromisslösungen verständigen. Die Entwicklung der Lebensverhältnisse in beiden Ländern lieferte Begründungen für die Aufstockungen des Etats und der Fördersätze. Im Einvernehmen mit den Trägern, die das DPJW in regelmäßigen bilateralen Zentralstellenkonferenzen und über eine eigene Richtlinienkommission konsultiert, werden Vorschläge erarbeitet. Durch Zustimmung des Aufsichtsgremiums, des Deutsch-Polnischen Jugendrates, den beide Regierungen berufen, werden sie einvernehmlich genehmigt. Auch hierin wird das vom DPJW praktizierte Prinzip der Gemeinsamkeit sichtbar.

Schon zu Gründungszeiten des DPJW waren Formulare und Verfahren zur Antragstellung und Abrechnung relativ einfach gehalten, auch wenn natürlich Ungeübten der »Verwaltungsaufwand« immer noch zu hoch erschien. Die Antragstellung, die Erstellung von Förderbescheiden und die Abrechnung von Förderprojekten erfolgt heute im Wesentlichen über die digitalen Instrumente des Onlineportals »OASE«. Diese ermöglichen Einblick in den Bearbeitungsstand des Antrags für den Antragssteller bis hin zu den Rechnungshöfen aus beiden Ländern. Darüber hinaus bieten das Onlineportal »Sowa« und die Webseite Informationen über Förderprogramme und Fortbildungen und stellen die Zentralstellen, Förderreferate und Geschäftsführungen vor.

Gemeinsamkeiten trotz Disparitäten

Die Ausgangs- und Rahmenbedingungen für den Jugendaustausch lassen sich unter dem Leitgedanken »Gemeinsamkeiten trotz Disparitäten« zusammenfassen. Gemeint sind hier beispielsweise Unterschiede bei den Bevölkerungszahlen und der Wirtschaftsentwicklung, den Formen der staatlichen Förderung, der Rolle der Zivilgesellschaft und der außerschulischen Bildung, dem gegenseitigen Interesse, den Kenntnissen und Vorurteilen über die Geschichte und Lebenssituation des anderen Landes sowie bei der Prägung durch die eigene Lebensgeschichte und Traditionen.

Die unterschiedliche Größe unserer Länder und ihrer Bevölkerungszahlen, die Probleme, bestimmte Regionen zu erreichen (ungünstige Verkehrsverbindungen) und vor allem die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation nicht nur in Polen machte immer wieder besondere Regelungen erforderlich. Das begann bei der Bestimmung der Parität der Regierungsbeiträge, der Einführung (und späteren Abschaffung) des Taschengeldes (nur) für die polnischen Teilnehmenden, der unterschiedlichen Behandlung bei den Fördersätzen für die Unterbringung in Familien, Hotels und Bildungsstätten, den Regelungen für den Austausch in den grenznahen Gebieten und endete bei der Identifizierung von Zielgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Organisationen und Einrichtungen der Zivilgesellschaft, gesellschaftliches Engagement und Ehrenamt im Allgemeinen und für den Austausch im Besonderen haben in beiden Ländern ganz unterschiedliche Traditionen. Während in Deutschland viele nicht-staatliche Gruppen aktiv sind und die außerschulische Jugendarbeit einen selbstverständlichen und großen Anteil daran hat, stellte das deutsche Jugendministerium im November 1989 fest: »Im Jugendbereich [in Polen] ist es seit 1988 zu fast lawinenartig zunehmenden Gründungen von neuen Gruppen gekommen.« Als Beispiel werden vier Organisationen mit größerer Resonanz aus der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung, der Alternativbewegung und der Studentenbewegung genannt, die in dieser Form heute nicht mehr existieren. Das Verschwinden dieser Gruppen ist – wie auch in Deutschland – dem Wandel gesellschaftlicher Trends und der Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft geschuldet. Entsprechend treten neue Gruppen und Initiativen auf den Plan.

Große Unterschiede in beiden Ländern finden wir bei den Formen der staatlichen Förderung. Der internationale Jugendaustausch mit Westdeutschland wurde in Polen Anfang der 1990er Jahre in geringem Ausmaß über eine Regierungsstelle gefördert. Die Träger konnten ihren Antrag stellen, erfuhren aber erst nach Durchführung des Austausches, ob sie gefördert werden oder nicht. Das Verfahren war also mit einem hohen wirtschaftli-

chen Risiko verbunden (und die Förderung wurde eher als Belohnung verstanden). Vielfach kam es deshalb dazu, dass in der Partnerschaft die Idee der Gegenseitigkeit, wonach der jeweilige Gastgeber die Kosten für den Aufenthalt trägt, nicht umgesetzt werden konnte. Die deutschen Gruppen hatten es leichter, weil es in ihrem Land auf allen Ebenen ein ausdifferenziertes staatliches Fördersystem gab, das Planungssicherheit für die Förderung in der Regel vor Beginn der Begegnung schuf. Das DPJW hat daraus Konsequenzen gezogen und alle Seiten in besonderer Weise berücksichtigt. Ein wesentliches Merkmal der Förderung durch das DPJW sind Planbarkeit und Transparenz. Da großer Wert darauf gelegt wurde, die Entscheidung über die konkrete Förderhöhe in die Verantwortung der Zentralstellen zu legen, konnte in Polen mit Hilfe der DPJW-Förderung über die Jahre eine Infrastruktur der Austauscharbeit über Zentralstellen aufgebaut werden. Bedauerlicherweise hat sich die Erwartung nicht erfüllt, dass in Polen auch in anderen Bereichen der Jugendarbeit und der außerschulischen Bildung die staatliche Förderung eingeführt würde. Außerhalb des Jugendaustausches fehlen hier Perspektiven.

Anpassungsbedarf und Spannungen bei der praktischen Umsetzung gab es auch beim Verständnis der außerschulischen Bildung. Die in Deutschland gepflegten Traditionen der freiwilligen Teilnahme, der Beteiligung der Teilnehmenden bei der Gestaltung der Programme und der Selbstverantwortung der jungen Menschen sowie die Forderung nach fachlich qualifizierter Begleitung ließen sich nicht auf die Situation in Polen mit anderen Bildungs- und Erziehungskonzepten übertragen und führten zu Spannungen im Miteinander. Die Angleichung der Lebensverhältnisse hat hier die Problemlagen verändert und heute geht es oft mehr darum, wie die Beteiligung an der Gestaltung der Begegnung ermöglicht und organisiert wird.

Wichtige Unterschiede sind auch beim gegenseitigen Interesse der breiten Bevölkerung festzustellen. Auf deutscher Seite sind die Kenntnisse über die Geschichte und die Lebenssituationen der Polen leider sehr gering. Da viele Menschen nie in Polen waren, dominieren eher Vorurteile über das andere Land. Während diese früher beispielsweise in »Polenwitzen« zum Ausdruck kamen, werden sie heute durch die Haltung Polens zur Flüchtlingsfrage oder zur LGBTQ-Bewegung geprägt. Umgekehrt halten eine Reihe von Polen Deutsche für geschichtsvergessen und sehen in Deutschland nicht – wie früher – einen verlässlichen Partner für den Schutz vor Bedrohungen aus dem Osten. Wie sich diese Entwicklung über die Jahre darstellt, lässt sich anhand der regelmäßigen Umfragen wie im »Deutsch-Polnischen Barometer« (s. »Lesetipp«) nachvollziehen. Die Ansichten über das andere Land waren und sind zudem durch

die individuelle Lebensgeschichte und ihre Traditionen geprägt. Ich nenne für Deutschland die Vertriebenen und die Aussiedler, für Polen die Menschen, die nach dem Krieg in den westlichen und östlichen Grenzgebieten Polens »angesiedelt« wurden, außerdem die deutsche Minderheit, die in Polen lebt, und die Menschen, die durch Deutschland während des Zweiten Weltkriegs Unrecht erlitten haben (Zwangsarbeit, Inhaftierung im Konzentrationslager, Verluste durch Kriegseinwirkungen usw.) bzw. deren Familienangehörige. Aktuell kommen auch Erfahrungen als Pflegekraft, Erntehelfer oder im Handwerk hinzu.

Das DPJW hat sich dieser Ausgangssituation angenommen und durch zahlreiche Projekte und in vielen Publikationen Problemlagen aufgearbeitet und Informationen zusammengestellt. Ich nenne hier aus dem Arbeitsbereich »Geschichte und Landeskunde« einige Veröffentlichungen: »#StolenMemory als deutsch-polnisches Bildungsprojekt« mit einem eigenen Förderprogramm, »Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg«, »DPJW Handreichung – Hinweise zum Besuch von Gedenkstätten durch deutsch-polnische Gruppen« oder »Deutschland und Polen entdecken – Illustrierte deutsch-polnische Landkarte«. Einen guten Überblick gibt außerdem das DPJW-Magazin »INFO« mit Artikeln zu geschichtsbezogenen Themen (Themenheft »Geschichte und Erinnerung«). Dazu steht in der Ankündigung: »Im deutsch-polnischen Jugendaustausch spielt Geschichte so gut wie immer eine Rolle, selbst wenn sie nicht explizit Thema einer Begegnung ist. Entsprechend viel Raum nimmt sie in der Arbeit des DPJW ein. In das Gedenkjahr 2019 fielen Jahrestage so unterschiedlicher Ereignisse wie des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, des Warschauer Aufstands, aber auch des Mauerfalls und des polnischen EU-Beitritts. Und auch 2020 – 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und dem Ende des Zweiten Weltkriegs – wird es erneut Anlass geben zurückzuschauen. Aus diesem Grund möchte das DPJW im INFO aufzeigen, wie das Thema Geschichte bei deutsch-polnischen Jugendbegegnungen so thematisiert werden kann, dass es zum Nachdenken anregt und Anlass zu Diskussionen bietet.«

Was die Akteure im Austausch selbst betrifft, so spielen – ohne gegenüber den vielen anderen Akteuren ungerecht sein zu wollen – von Beginn an die katholische und die evangelische Kirche, die Partnerschaften auf Städte- und Gemeindeebene, die Gedenkstätten sowie der Schulaustausch eine große Rolle. Bis heute sind viele weitere Akteure hinzugekommen wie die Sportjugend, die kulturelle Jugendarbeit, die Jugendarbeit in Hilfsorganisationen verschiedenster Art (zum Beispiel die Feuerwehrjugend), außerdem Jugendherbergen und Bildungsstätten mit eigenem Bildungspersonal, die

sich der deutsch-polnischen Zusammenarbeit verschrieben haben. Auf polnischer Seite haben grenzübergreifende Zusammenschlüsse wie die Euroregion Pomerania oder nationale wie der Verein Christlicher Bildungswerke (*Stowarzyszenie Chrześcijańskich Dzieł Wychowania – SChDW*) von Anfang an die Arbeit geprägt. Auf deutscher Seite werden die katholischen Gruppen über das Jugendhaus Düsseldorf e.V. und die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) e.V. begleitet. Eine Würdigung dessen, was diese und viele andere Träger für die gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit geleistet haben, müsste in einem eigenen Beitrag geschehen.

Für die Zukunft

Was sollten wir für die Zukunft des deutsch-polnischen Jugendaustausches beachten? Alle Engagierten möchte ich zu folgenden Aktivitäten anregen:

- Wir müssen die Erfahrungen aus der Zeit der Corona-Pandemie konstruktiv aufgreifen und die unverzichtbaren direkten Begegnungsmöglichkeiten vor Ort um digitale Formen der Begegnung dauerhaft ergänzen. Die »technischen« Möglichkeiten, die bei der Begegnung und Zusammenarbeit eingesetzt werden, sollten für eine inhaltliche Offensive genutzt

werden – die Bearbeitung von gemeinsam interessierenden Themen oder Kontroversen in unseren Gesellschaften, zum Beispiel Energiewende, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, Verständnis von Europa, Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

- Trotz vieler Erfolge dürfen wir uns nicht auf ihnen ausruhen, denn Versöhnung und Verständigung in einer guten Nachbarschaft sind eine Daueraufgabe. Deshalb sollten wir immer wieder nach Anlässen für Zusammenarbeit suchen.
- Wir gewinnen Erwachsene als Unterstützer*innen für den Jugendaustausch und als Vermittler*innen zwischen den Kulturen, indem wir diejenigen Menschen zum Mitmachen animieren, die im Laufe der Jahrzehnte positive und oft lebensbeeinflussende Erfahrungen im Austausch gemacht haben.
- Wir gewinnen neue Generationen junger Menschen für die Beteiligung und Mitwirkung am grenzüberschreitenden Austausch, indem wir ihnen gelungene Beispiele des Miteinanders vorleben.
- Wir setzen uns politisch dafür ein, dass der Jugendaustausch zwischen Deutschland und Polen bei allen Erfolgen eine weitere Steigerung der Finanzbeiträge der Regierungen erfordert.

Über den Autor

Lothar Harles, Jahrgang 1952, Berater für Demokratie und NGO, heute im Ruhestand, zuletzt beruflich tätig als Geschäftsführer der »Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) e.V.«, einer Fachorganisation der politischen Bildung, und ehrenamtlich Vorsitzender der »Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (IJAB) e.V.«

Lesetipps

Webseite des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) <https://dpjw.org/>

Publikationen »Deutsch-Polnisches Barometer« <https://www.deutsch-polnisches-barometer.de/>

KOMMENTAR

30 Jahre Abkommen über das Deutsch-Polnische Jugendwerk – durch Krisen gestärkt

Michael Lingenthal, Meine

Vor 30 Jahren, am 17. Juni 1991, wurde das Abkommen über das »Deutsch-Polnische Jugendwerk« (DPJW/*Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży – PNWM*) in Bonn unterzeichnet. Zwei weitere Daten sind wichtig: der 1. Juli 1992, der formelle Beginn des Aufbaustabes des DPJW, und der eigentliche Geburtstag des DPJW, der 1. Januar 1993. Mit diesem Tag übernahm das DPJW die Verantwortung für den deutsch-polnischen Jugendaustausch von beiden Regierungen sowie teilweise für den Schüleraustausch (hier wollten die Bundesländer die Verantwortung für die deutschen Schulen behalten).

Was war für Sie persönlich das wichtigste Erlebnis als Geschäftsführer des DPJW?

Das eine wichtigste Erlebnis gab es nicht, sondern gerade in der Aufbauphase eine Fülle von eindrucklichen Entwicklungen.

Ringens um Finanzierung, Statuten und Förderrichtlinien

Das Abkommen sieht vor, dass beide Seiten »zu gleichen Teilen« in den Haushalt des DPJW einzahlen. Die deutsche Seite verstand »zu gleichen Teilen« so, dass die polnische Seite den Gegenwert zum deutschen Beitrag in DM in Zloty aufbringen sollte. Die polnische Seite verwies – aus meiner Sicht zu Recht – auf die unterschiedliche Kaufkraft der beiden Währungen in beiden Ländern, das Verhältnis betrug zwischen Deutschland und Polen etwa 1:4. Gemessen an der realen Kaufkraft beider Länder, hätte also Polen viermal so viel aufbringen müssen, um dieses »zu gleichen Teilen« zu erreichen. Polen hatte als junge Demokratie eine Vielzahl von Altlasten zu tragen und neue Aufgaben zu stemmen (Transformation in die Marktwirtschaft, Strukturwandel, NATO-Beitritt u. a. m.). Polen sah sich von der deutschen Position überfordert, zumal es keinen »großen Bruder« zur Seite hatte, so wie die ehemalige DDR. Schließlich vereinbarten die Finanzminister, dass die Maßgabe »zu gleichen Teilen« für eine Übergangszeit nicht im deutschen Sinne zur Anwendung kam, sondern es wurde ein Verhältnis von etwa 1:1,8 ausgemacht. Festzuhalten ist aus meiner Sicht jedoch, dass damit Polen real mehr für das DPJW einbrachte als die deutsche Seite.

Sehr schwierige Themen waren in den Verhandlungen der Aufbauphase die Förderung des DPJW für Gedenkstättenfahrten sowie für die Internationale Jugendbegegnungsstätte Kreisau. Es gab bedenkenswerte Einwände Einzelner auf der polnischen Seite gegen die Finanzierung von Gedenkstättenfahrten mit polnischen Mitteln. Konzentrations- und Vernichtungslager, in denen allein drei Millionen polnischer Juden ermordet worden waren, lagen in deutscher Verantwortung; schlimm genug, dass sie auf polnischem Territorium errichtet worden waren. Diese Gedenkstätten standen für den Terror der Deutschen. An einer Aufarbeitung des nationalsozialistischen Systems, an dem es von keiner Seite Zweifel gab, sollten also allein diejenigen beteiligt werden und die finanziellen Lasten tragen, die in der Verantwortung standen – das heißt die deutsche Seite. Wiederum andere Persönlichkeiten und Organisationen aus Polen verwiesen auf die besonderen Möglichkeiten für Jugendliche aus beiden Ländern, wenn man die Leitidee des DPJW »Verständigung und Versöhnung« erfüllen wollte.

Es ist der polnischen Seite hoch anzurechnen, dass schließlich deutsch-polnische sowie trilaterale Gedenkstättenfahrten in den Förderkatalog des DPJW aufgenommen wurden. Das war keinesfalls selbstverständlich.

Auch in der Einbeziehung der Jugendbegegnungsstätte Kreisau haben Persönlichkeiten Polens entscheidend dazu beigetragen, dass Kreisau durch das DPJW gefördert werden konnte. Ein Teil der polnischen Seite sah Kreisau nämlich als deutschen Erinnerungsort auf jetzt polnischem Boden. »Wenn Helmut Kohl Kreisau will, dann soll er es auch bezahlen« war die saloppe Zusammenfassung, die ich hören konnte. Es waren dann gerade polnische Persönlichkeiten wie Dr. Ewa Unger oder Michał Czapliński die auf die europäische und humane Bedeutung von Kreisau verwiesen und so die Zustimmung der polnischen Seite für die Förderung von Kreisau durch das DPJW erreichten.

Aufbau der Zentralstellen in Polen

Bei der Entwicklung der Statuten und Förderrichtlinien prallten zwei sehr unterschiedliche Denkweisen und Erfahrungen aufeinander: Zentralismus und Föderalismus. Noch unter den postkommunistischen Regierungen in Polen wurden z. B. Jugendbegegnungen von der Zentralregierung gefördert. Förderungen wurden oft erst nach der Maßnahme ausgezahlt, was bedeutete, dass die Träger des Jugendaustausches in Polen vorfinanzieren mussten. In Deutschland hingegen war der Föderalismus gelebte Wirklichkeit und zusätzlich hatten die großen Jugendorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Sport und Kultur und die Jugendverbände der Parteien sog. Zentralstellen eingerichtet, die jeweils eine Gesamtfördersumme bewilligt bekamen und dann nach den jeweils gültigen Richtlinien autonom über die reale Förderung ihrer Maßnahmen entschieden. Dieses System hatte zwei Vorteile: Erstens die Autonomie der Antragsteller und zweitens eine gesicherte Finanzperspektive, selbst dann, wenn das Antragsvolumen unter den Fördermöglichkeiten blieb. So war es zum Jahresbeginn sicher, mit welchen Mitteln die Jugendorganisationen rechnen konnten.

Dieses System war in Polen unbekannt. Aber die polnischen Jugendorganisationen erkannten sofort die Vorteile. Es war nun dem DPJW wichtig, auch in Polen den Aufbau von Zentralstellen zu fördern. Dazu übernahmen viele deutsche Zentralstellen Partnerschaften mit gleichen oder ähnlichen polnischen Jugendorganisationen. Dies war nicht immer spannungsfrei. So forderte Kardinal Józef Glemp in einem Gespräch mit Dariusz Węgliński und mir als DPJW-Geschäftsführern die Beendigung der Einzelförderung katholischer Zentralstellen (z. B. Orden) und stattdessen die Übertragung aller Finanzmittel an den Episkopat, was wir ablehnten.

Nicht immer konnten polnische Organisationen als Zentralstelle mehrere Einzelmitglieder vertreten. Auch hierfür zeigte das DPJW nicht nur Verständnis, sondern fand Lösungen. Einzelträger in Polen, die jedoch vom Umfang

ihrer Austauschmaßnahmen das Volumen deutscher Zentralstellen erreichten, wurden vom DPJW den Zentralstellen gleichgestellt.

Der Vorteil des Zentralstellen-Systems für das DPJW lag natürlich in einem geringeren eigenen Verwaltungsaufwand, weil die Zentralstellen treuhänderisch für das DPJW agierten. Deshalb erhielten die Zentralstellen einen geringen Prozentsatz der Jahreszuwendung als Zuschuss zu ihren Verwaltungskosten. Im Aufbau der polnischen Zentralstellen verzichteten die deutschen Zentralstellen in einer gemeinsamen Initiative auf ihren Zuschuss und baten, dass diese Mittel zusätzlich den polnischen Zentralstellen ausgezahlt werden, um deren Aufbauleistung zu unterstützen. Das DPJW handelte entsprechend. Die Mitglieder der Zentralstellen beider Länder im Jugendrat waren eben »eine Bank«. Bei meinem Abschied auf der letzten von mir geleiteten Zentralstellenkonferenz 1997 erinnerten gerade die polnischen Zentralstellen an das große Vertrauen, das wir in sie gesetzt hatten, so etwas hätten sie vorher nie erlebt.

Versuch der »Renationalisierung« des DPJW unter der SLD-Regierung

Das DPJW hat immer schwierige und sehr schwierige Phasen durchlaufen. Zu den existenzgefährdenden Momenten gehörte jedoch der Versuch der SLD-Regierung (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*/Demokratische Linksallianz) zur »Renationalisierung« des DPJW. Die polnische Regierung (in ganz überwiegender Mehrheit nicht die polnischen Partner des Jugend- und Schulaustausches!!) verlangte die Aufhebung der Integration und der übergreifenden Zuständigkeit des DPJW. Die Geschäftsstelle in Warschau sollte allein für die polnische Seite verantwortlich sein und die in Potsdam für Deutschland. Jede Seite sollte ihren Teil dieses »Rumpf-DPJW« national finanzieren. Zwischen den Geschäftsstellen sollte ein Erfahrungsaustausch organisiert werden.

Zusätzlich zu diesen massiven Angriffen auf die Grundidee des DPJW wurde dann der Versuch unternommen, die Geschäftsführung zu entlassen. Mehr noch als ich, wurde dabei Dariusz Węgliński »ins Visier genommen«. Keiner der vorgebrachten Vorwürfe konnte im weiteren Fortgang seitens der polnischen Regierung belegt werden. Zuerst Angela Merkel als damalige Jugendministerin und dann in ihrer Nachfolge Claudia Nolte machten unmissverständlich klar, dass die deutsche Seite »kein Jota« von dem Abkommen des DPJW abrücken wollte. Die Entlassung der Geschäftsführung, ohne substantielle Verfehlungen beweiskräftig vorzulegen, kam nicht in Frage. In dieser Zeit wuchs die gemeinsame Geschäftsführung stärker zusammen, weil uns ein gemeinsames Schicksal verband. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in beiden Büros standen zudem fest zu ihrer Geschäftsführung. Ganz wesentlich war bei der Überwindung dieser Existenzkrise des DPJW auch, wie stark die polnischen Austauschorganisationen sowie der Deutsch-Polnische Jugendrat in übergroßer Mehrheit den Erhalt des DPJW einforderten und dass wichtige Persönlichkeiten der polnischen Administration für das DPJW eintraten und auch auf die außenpolitischen Folgen für Polen im Falle einer »Renationalisierung« hinwiesen.

Mit dem Regierungswechsel zu Ministerpräsident Jerzy Buzek änderte sich die polnische Position schlagartig. Das DPJW war als binationale und eigenständige Organisation mit dem vollen Umfang seiner Verantwortlichkeit wieder willkommen.

Was war für Sie persönlich das schönste Erlebnis im Zusammenhang mit einem Jugendaustausch?

Die Kraft, welche das DPJW beim Oderhochwasser 1997 entwickelte. In den Überschwemmungsgebieten, vor allem in Polen, lebten Kinder und Jugendliche, die ihr Zuhause verloren oder wo die Wassermassen größte Schäden angerichtet hatten. Mal wenigstens für einige Zeit »raus aus dem Chaos«, war die Devise. Träger des Jugendaustausches auf beiden Seiten leiteten ihre Mittel um oder verzichteten zu Gunsten der Hochwassergeschädigten auf eine Zuwendung. Förderrichtlinien wurden mit Einverständnis des Jugendrates quasi außer Kraft gesetzt. Richtlinien wurden »gedehnt«, damit das »Raus aus dem Chaos« realisiert werden konnte.

Diese Orientierung des DPJW auf Notsituationen, diese Kreativität, dieses Handeln nach Notwendigkeiten im »Hier und Jetzt«, diese Berücksichtigung der realen Lage der Jugendlichen hat sich das DPJW über die 30 Jahre erhalten. Es ist eine großartige Stärke des DPJW.

Was hat Sie in der bilateralen Arbeit am meisten erstaunt, nachdenklich gemacht?

Das waren die Vorurteile vieler Deutscher gegenüber den polnischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DPJW. Sie brauchten natürlich in Potsdam oder Umgebung eine eigene Wohnung, hatten sie doch einen Arbeitsvertrag über fünf Jahre mit dem DPJW abgeschlossen. Es war zu spüren, wie tief die Vorurteile saßen. Vermieter machten vom Mietangebot einen Rückzug, wenn sie »Ausländer« oder »Pole« hörten. Da half es auch nicht, wenn ich darauf hinwies, dass das DPJW eine internationale Organisation und die Mietzahlung absolut gesichert sei. Auf dem freien Wohnungsmarkt war keine bezahlbare Wohnung zu bekommen. Erst als Staatssekretär Willi Hausmann bei der Bundesvermögensanstalt intervenierte, war man bereit, Wohnungen anzubieten. Jedoch (1993) ausschließlich für fünf Jahre, »weil dann die Bundeswohnungen für die Beamten aus Bonn gebraucht« würden. Es kamen nie die »Beamtenströme« aus Bonn ...

Dieses im Grunde schlimme Kapitel zeigte mir 1992/93, wie sehr die Ideen und die Arbeit des Jugendwerkes eigentlich für die ältere Generation notwendig gewesen wären.

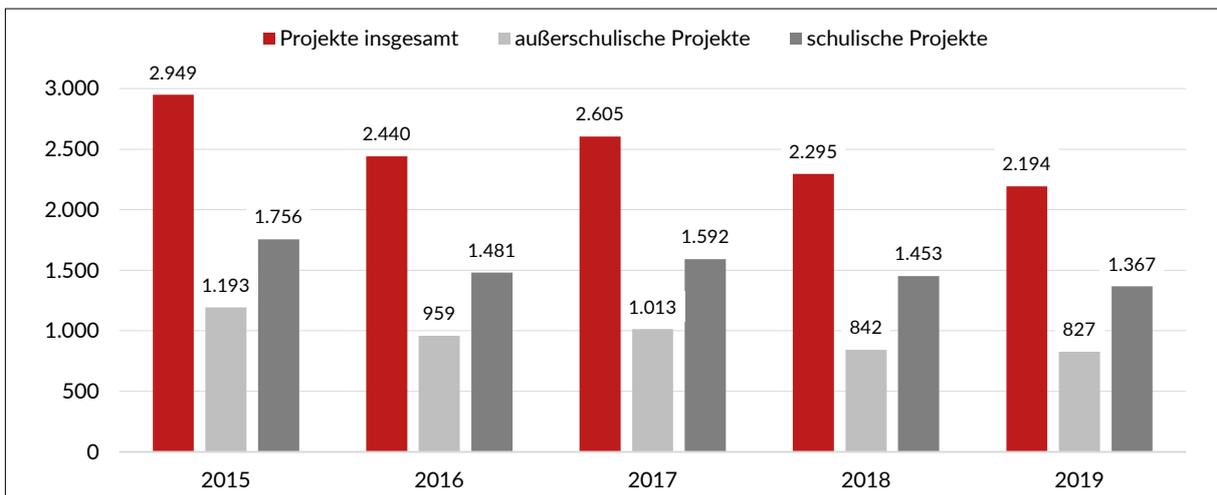
Über den Autor

Michael Lingenthal war Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) in der Aufbauzeit (Juli bis Dezember 1992) und in der ersten Phase des Jugendwerks (Januar 1993 bis Februar 1998).

STATISTIK

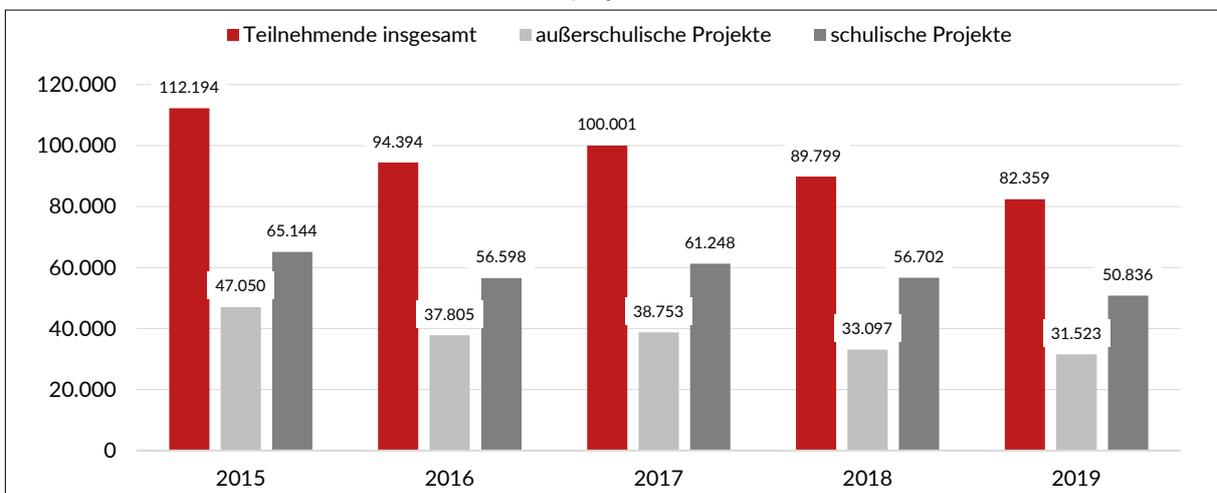
Der vom DPJW geförderte Jugendaustausch

Grafik 1: Die Entwicklung des vom DPJW geförderten Jugendaustausches (2015–2019)*



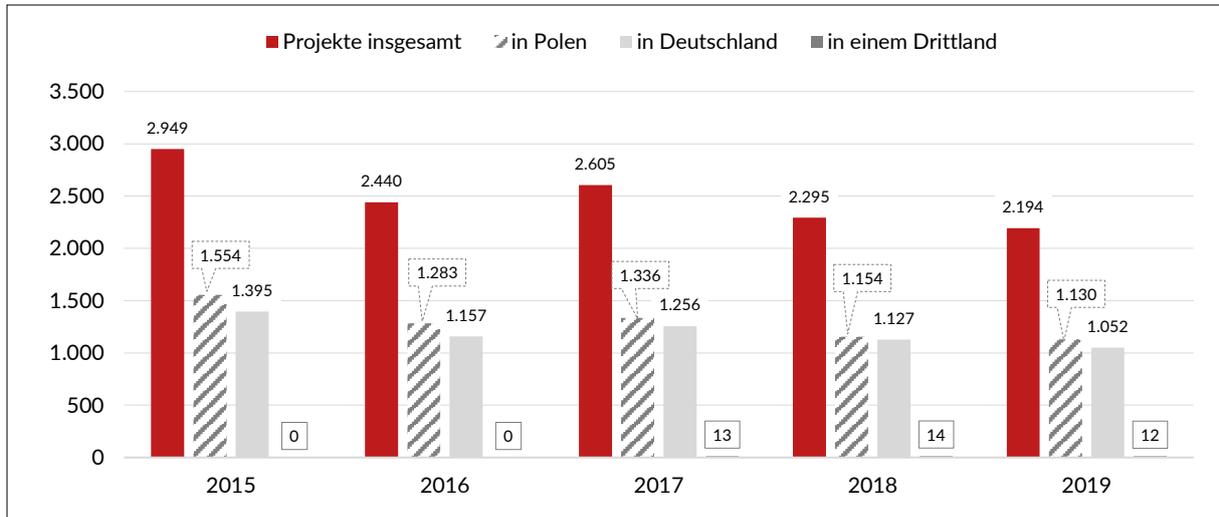
* DPJW – Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM – Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży
 Quelle: DPJW [Deutsch-Polnisches Jugendwerk]: Daten und Fakten. DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken. Potsdam/Warschau, Dezember 2020, <https://dpjw.org/dokumente-zum-downloaden/>, abgerufen am 15.06.2021

Grafik 2: Anzahl der Teilnehmenden an Austauschprojekten mit Fördermitteln des DPJW (2015–2019)*



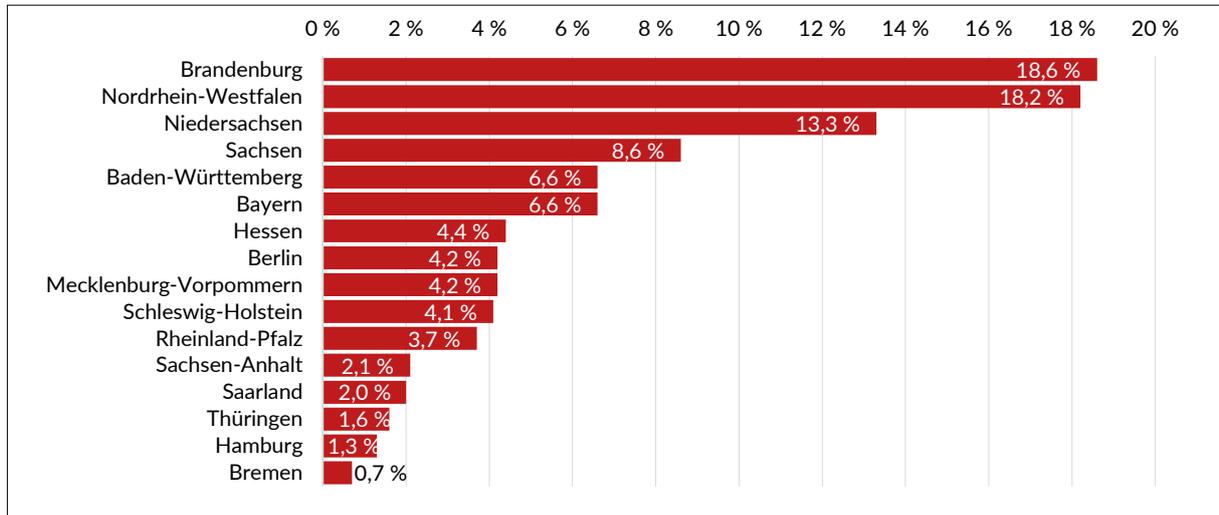
* DPJW – Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM – Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży
 Quelle: DPJW [Deutsch-Polnisches Jugendwerk]: Daten und Fakten. DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken. Potsdam/Warschau, Dezember 2020, <https://dpjw.org/dokumente-zum-downloaden/>, abgerufen am 15.06.2021

Grafik 3: Die vom DPJW geförderten Projekte nach Ländern (2015–2019)*



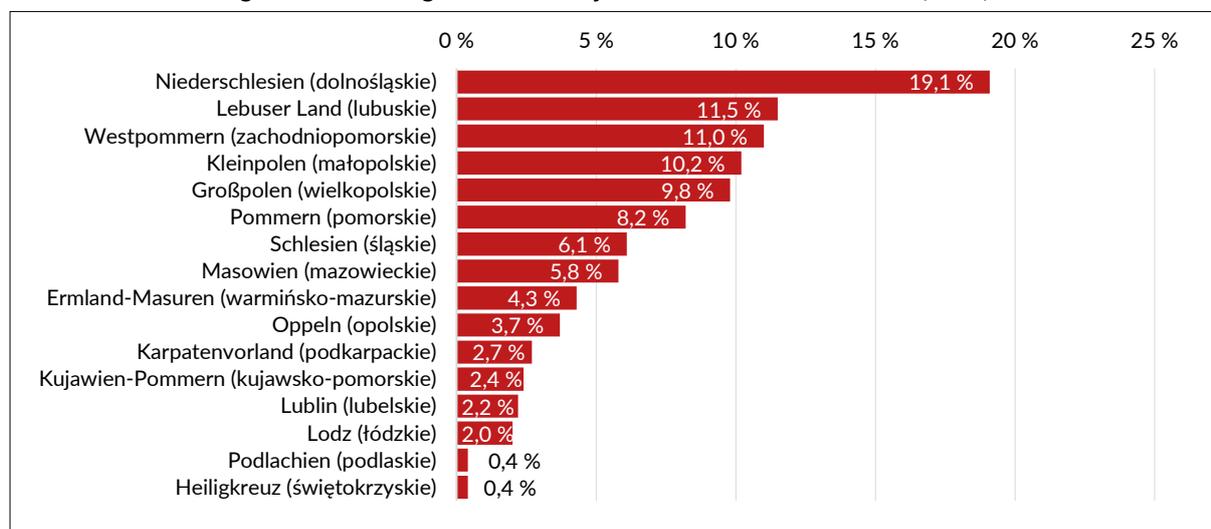
* DPJW – Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM – Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży
 Quelle: DPJW [Deutsch-Polnisches Jugendwerk]: Daten und Fakten. DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken. Potsdam/Warschau, Dezember 2020, <https://dpjw.org/dokumente-zum-downladen/>, abgerufen am 15.06.2021

Grafik 4: Verteilung der vom DPJW geförderten Projekte auf die Bundesländer (2019)*



* DPJW – Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM – Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży
 Quelle: DPJW [Deutsch-Polnisches Jugendwerk]: Daten und Fakten. DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken. Potsdam/Warschau, Dezember 2020, <https://dpjw.org/dokumente-zum-downladen/>, abgerufen am 15.06.2021

Grafik 5: Verteilung der vom DPJW geförderten Projekte auf die Woiwodschaften (2019)*



* DPJW - Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM - Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży

Quelle: DPJW [Deutsch-Polnisches Jugendwerk]: Daten und Fakten. DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken. Potsdam/Warschau, Dezember 2020, <https://dpjw.org/dokumente-zum-downloaden/>, abgerufen am 15.06.2021

Tabelle 1: Trilaterale Projekte, die vom DPJW gefördert wurden (2015–2019)

	2015	2016	2017	2018	2019
gesamt	291	245	234	238	229
Ukraine	122	99	83	88	97
Tschechien	72	61	64	54	51
Russland	12	14	19	20	20
Belarus	11	21	16	20	14
Frankreich	21	14	15	19	10
Israel	8	3	7	3	5
Ungarn	2	3	2	2	4
Georgien	0	0	0	4	3
Slowakei	6	3	3	3	3
Italien	2	5	2	3	3
Kroatien	0	1	1	1	3
Litauen	8	2	3	4	2
Marokko	1	1	0	3	2
Niederlande	2	6	2	1	2
andere	24	12	17	13	10

* DPJW - Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM - Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży

Quelle: DPJW [Deutsch-Polnisches Jugendwerk]: Daten und Fakten. DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken. Potsdam/Warschau, Dezember 2020, <https://dpjw.org/dokumente-zum-downloaden/>, abgerufen am 15.06.2021

Tabelle 2: Die Finanzierung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks durch die deutsche und polnische Regierung (1993–2021, D-Mark, Euro, Zloty)*

	DM/ Euro	zloty
1993	4.000.000 DM	65.000.000.000 zł (Währungsreform 1:1000)
1994	5.250.000 DM	40.000.000 zł (Währungsreform 1:10)
1995	5.300.000 DM	4.300.000 zł
1996	7.000.000 DM	6.092.000 zł
1997	7.000.000 DM	6.500.503 zł
1998	7.000.000 DM	7.294.000 zł
1999	7.000.000 DM	8.629.000 zł
2000	8.000.000 DM	11.365.000 zł
2001	8.000.000 DM	11.550.000 zł
2002	4.602.000 €	12.507.038 zł
2003	4.602.000 €	14.060.900 zł
2004	4.602.000 €	15.725.000 zł
2005	4.602.000 €	18.320.000 zł
2006	4.602.000 €	18.516.000 zł
2007	4.602.000 €	18.516.000 zł
2008	4.602.000 €	18.516.000 zł
2009	4.602.000 €	15.467.782 zł
2010	5.000.000 €	15.467.782 zł
2011	5.000.000 €	16.467.782 zł
2012	5.000.000 €	17.000.000 zł
2013	5.000.000 €	17.000.000 zł
2014	5.000.000 €	17.000.000 zł
2015	5.000.000 €	17.000.000 zł
2016	5.000.000 €	18.000.000 zł
2017	6.000.000 €	18.000.000 zł
2018	7.000.000 €	18.000.000 zł
2019	7.000.000 €	20.000.000 zł
2020	7.000.000 €	19.000.000 zł
2021	7.000.000 €	19.000.000 zł

* DPJW – Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM – Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży

Quelle: DPJW – Deutsch-Polnisches Jugendwerk/PNWM – Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży, www.dpjw.org

Aufruf der Kopernikus-Gruppe zum 30. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags

Der Deutsch-Polnische Nachbarschaftsvertrag ist nach wie vor aktuell. Es ist höchste Zeit, dass die deutsch-polnische Zivilgesellschaft ihn mit neuem Leben füllt.

Wir, die Expertinnen und Experten der deutsch-polnischen Kopernikusgruppe, verstehen uns als Teil einer transnationalen deutsch-polnischen Zivilgesellschaft, die in den letzten drei Jahrzehnten wachsen konnte.

Wir rufen aus Anlass des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit im Juni 2021 dazu auf, die bilateralen Beziehungen weiter zu vertiefen. Aus unserer Sicht hat der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag 1991 all die Bereiche der Zusammenarbeit geregelt, die für die Zukunft des Dialogs notwendig waren, und zwar so optimal, wie dies zu diesem Zeitpunkt für Polen und Deutschland möglich war. Er ist nach wie vor für uns eine wichtige Grundlage für die rechtlichen und politischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.

Wir weisen darauf hin, dass Deutschland und Polen politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell stärker aufeinander angewiesen sind, als dies in den aktuellen medialen und politischen Debatten ersichtlich ist. Unsere Beziehungen haben sich in den letzten 30 Jahren so weit entwickelt, dass wir nun bereit sein sollten, konstruktiv und wertschätzend über unterschiedliche politische Konzepte zu streiten.

Wir rufen dazu auf, die deutsch-polnischen Beziehungen immer in einen europäischen Kontext zu stellen. Viele Entwicklungen in Deutschland und Polen sind keine nationalen Sonderwege, sondern spiegeln gesellschaftliche, politische, kulturelle oder wirtschaftliche Tendenzen in ganz Europa wider. Deshalb brauchen wir auch im bilateralen Miteinander inhaltliche Debatten über europäische Zukunftsthemen. Gemeinsam können wir als Partner in der Europäischen Union Impulse geben und dadurch die Integration voranbringen, die zur Bewältigung der aktuellen Krisen und Herausforderungen nötig ist, etwa im Rahmen der jüngst gestarteten Konferenz zur Zukunft Europas.

Wir appellieren, die bilateralen Beziehungen nicht nur aus der Perspektive der Hauptstädte zu betrachten, sondern auch die Interessen der Regionen in den Blick zu nehmen, insbesondere der Grenzregionen. Gerade die Pandemie hat vielen Deutschen und Polen an Oder und Neiße vor Augen geführt, wie stark verflochten der Grenzraum bereits ist. Wir fordern den Mut, die deutsch-polnischen Beziehungen dezentral neu zu denken und den Gebietskörperschaften neuen Gestaltungsspielraum zu geben.

Wir sehen in der kulturellen Vielfalt und Mehrsprachigkeit unserer Gesellschaften eine Chance. Deshalb erwarten wir, dass die Fragen der strukturellen und finanziellen Unterstützung von in Deutschland lebenden Menschen aus Polen und in Polen lebenden Deutschen produktiv gelöst werden. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass es in einem Europa der Freizügigkeit die unterschiedlichsten Vorstellungen kultureller Zugehörigkeit gibt.

Wir sind uns sicher, dass die Deutschen und die Polen nicht nur eine gemeinsame Sprache finden können, um über die schwierige und teilweise auch immer noch nicht genug bekannte Geschichte zu sprechen, sondern auch symbolische Signale der gegenseitigen Anerkennung brauchen. Selbst wenn sich unsere Erinnerungskulturen unterscheiden, müssen geschichtlich bedingte oder wertebezogene Unstimmigkeiten politisch gelöst werden.

Wir rufen alle Medienschaffenden dazu auf, die Konsequenzen der gebrauchten Sprache und der verwendeten Bilder zu bedenken: Wie wir als Deutsche über Polen und als Polen über Deutschland reden, hat entscheidenden Einfluss darauf, was wir übereinander denken und wie wir diese Wahrnehmungen in konkrete Handlungen umsetzen.

Wir schlagen vor, ein bilaterales Parlament der deutsch-polnischen Zivilgesellschaft zu gründen. Unabhängig von den politischen Konjunkturen sollen Vertreterinnen und Vertreter deutsch-polnischer Initiativen, Polenfreunde und Deutschlandfreundinnen einmal im Jahr über den Stand der Beziehungen und über neue Ideen debattieren. In einem solchen Parlament sollten Frauen eine starke Stimme bekommen, denn zu oft in der Geschichte haben Männer die deutsch-polnischen Beziehungen geprägt.

Wir bekennen uns als deutsch-polnische Kopernikus-Gruppe dazu, auch künftig Verantwortung für den bilateralen Dialog zu übernehmen und zur Umsetzung der Forderungen beizutragen.

Darmstadt, Warschau im Juni 2021

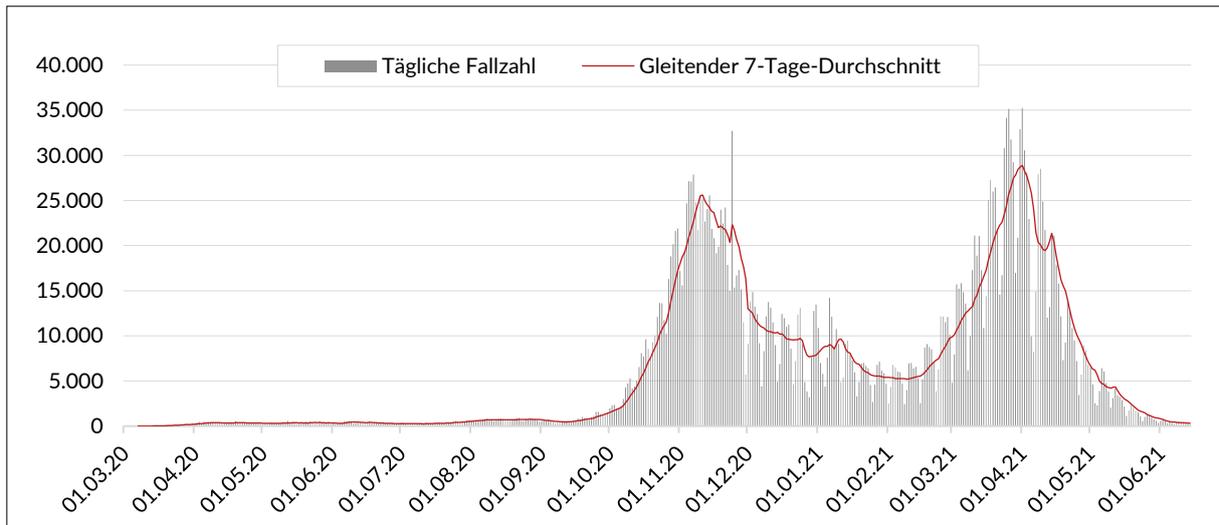
Kontakt:

Prof. Dr. Waldemar Czachur, polnischer Ko-Vorsitzender der Kopernikus-Gruppe (waldemar.czachur@uw.edu.pl)

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, deutscher Ko-Vorsitzender der Kopernikus-Gruppe (loew@dpi-da.de)

Covid-19 in Polen (Stand: 14. Juni 2021)

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (tägliche Fallzahlen, 1. März 2020 – 14. Juni 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.06.2021, 16:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

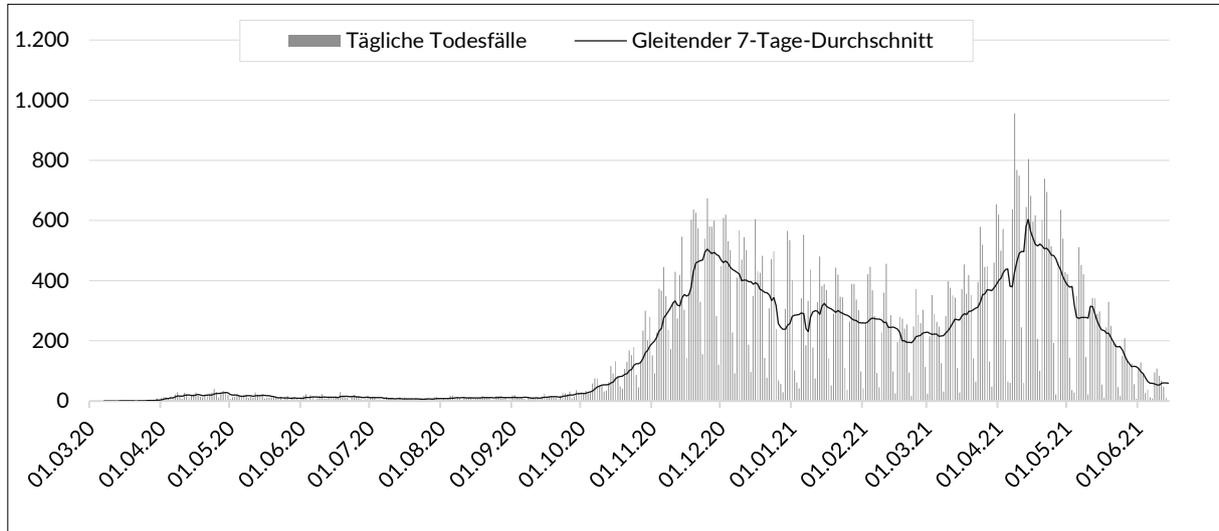
Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (01. – 14. Juni 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
01.06.21	2.872.868	585	08.06.21	2.875.729	401
02.06.21	2.873.527	659	09.06.21	2.876.289	560
03.06.21	2.874.092	565	10.06.21	2.876.667	378
04.06.21	2.874.411	319	11.06.21	2.877.007	340
05.06.21	2.874.824	413	12.06.21	2.877.243	236
06.06.21	2.875.136	312	13.06.21	2.877.469	226
07.06.21	2.875.328	192	14.06.21	2.877.608	139

Für die Zahlen vom 01.03.2020–31.05.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–276.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.06.2021, 16:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (tägliche Todesfälle, 1. März 2020 – 14. Juni 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.06.2021, 16:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (01. – 14. Juni 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
01.06.21	73.856	111	08.06.21	74.255	95
02.06.21	73.984	128	09.06.21	74.363	108
03.06.21	74.075	91	10.06.21	74.447	84
04.06.21	74.101	26	11.06.21	74.515	68
05.06.21	74.139	38	12.06.21	74.562	47
06.06.21	74.152	13	13.06.21	74.573	11
07.06.21	74.160	8	14.06.21	74.574	1

Für die Zahlen vom 19.03.2020–31.06.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –276.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.06.2021, 16:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (14. Juni 2021, 10.30 Uhr)



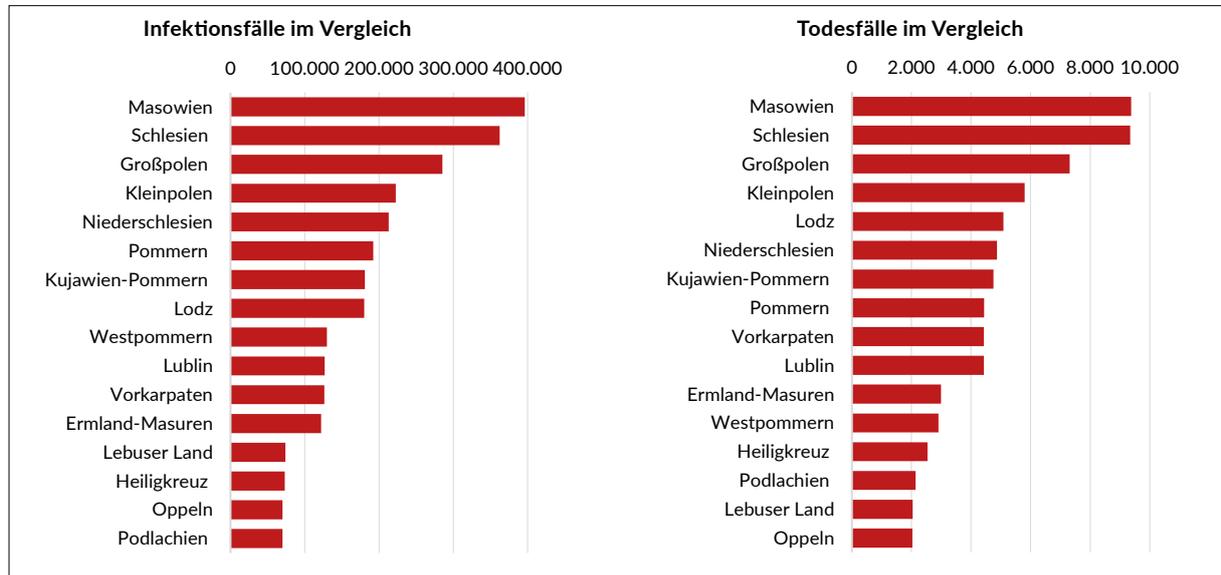
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-14-czerwca-2021-4344739> (abgerufen am 14.06.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 nach Woiwodschaften (14. Juni 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-14-czerwca-2021-4344739> (abgerufen am 14.06.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (14. Juni 2021, 10.30 Uhr)



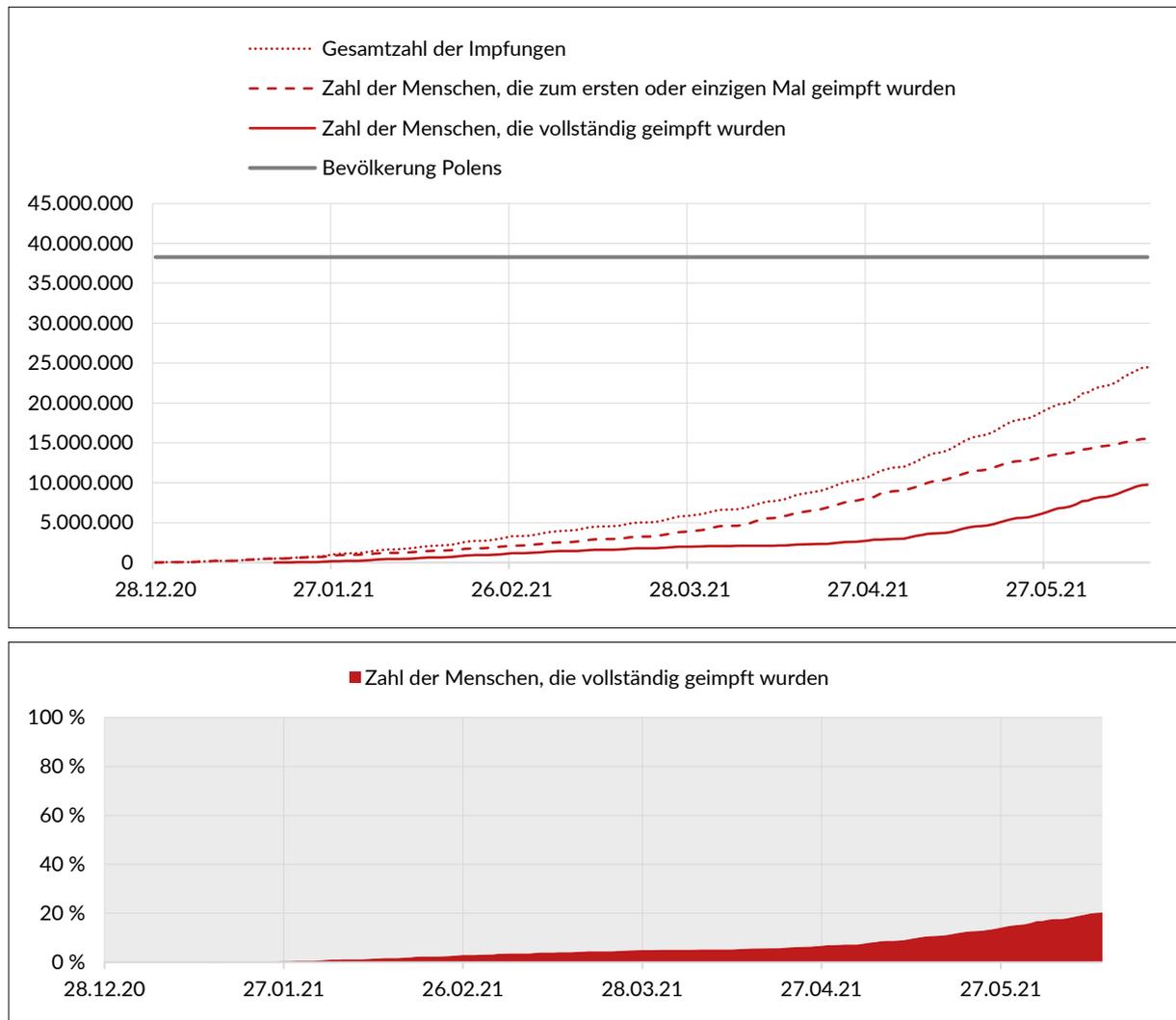
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-14-czerwca-2021-4344739> (abgerufen am 14.06.2021)

Tabelle 3: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (14. Juni 2021, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	121.820	2.993
Großpolen (wielkopolskie)	285.348	7.312
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	72.943	2.538
Kleinpolen (małopolskie)	222.472	5.806
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	180.876	4.757
Lebuser Land (lubuskie)	73.998	2.037
Lodz (łódzkie)	179.907	5.091
Lublin (lubelskie)	126.691	4.427
Masowien (mazowieckie)	396.299	9.380
Niederschlesien (dolnośląskie)	212.992	4.874
Oppeln (opolskie)	69.884	2.035
Podlachien (podlaskie)	69.841	2.137
Pommern (pomorskie)	192.222	4.437
Schlesien (śląskie)	362.205	9.342
Vorkarpaten (podkarpackie)	126.449	4.431
Westpommern (zachodniopomorskie)	129.752	2.908

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-14-czerwca-2021-4344739> (abgerufen am 14.06.2021)

Grafik 6: Anzahl der Impfungen gegen Covid-19 in Polen (14. Juni 2021, 10:30 Uhr)



Verwendete Impfstoffe: Johnson&Johnson, Moderna, Oxford/AstraZeneca, Pfizer/BioNTech

Quellen: https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/vaccinations/country_data, unter Verwendung von Daten von <https://next.gazeta.pl/next/7,173953,26642987,wiemy-ile-osob-zaszczepiono-przeciw-covid-19-w-niedziale-rzecznik.html>, <https://wiadomosci.radiozet.pl/Koronawirus/Koronawirus-w-Polsce.-Trzeci-dzien-szczepien-przeciw-Covid-19.-Zaszczepili-sie-Grodzki-i-Karczewski>, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1344557383499055104, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1344923704799719424, <https://tvn24.pl/polska/szczepienia-ile-osob-zaszczepiono-w-polsce-przeciw-covid-19kiedy-szczepienia-osob-z-kolejnej-grupy-1-4919939>, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1346074068798332929, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1346396023334133770, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1346760607622684673, https://twitter.com/MZ_GOV_PL/status/1347120797895294976, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1347472053063081984>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1347840116090408960>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1348196682756993025>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1348564252215402498>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1348930712859242496>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1349284555627388928>, <https://twitter.com/szczepimysie/status/1349646581092519936> und <https://www.gov.pl/web/szczepimysie/raport-szczepien-przeciwko-covid-19>; Bevölkerungszahl Polens: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/poland/>

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 1. – 14. Juni 2021

01.06.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass in Polen ab heute das digitale Covid-Zertifikat der Europäischen Union gilt. Es ist ein digitaler Nachweis dafür, dass man entweder gegen Covid-19 geimpft, genesen oder negativ auf Corona getestet ist. Auch in Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Kroatien und Tschechien gilt das EU-Zertifikat ab heute. Die übrigen EU-Länder folgen am 1. Juli.
04.06.2021	Der Impfbeauftragte der Regierung, Michał Dworczyk, teilt mit, dass am Vortag mehr als 620.000 Impfungen gegen Covid-19 durchgeführt worden seien. Dies sei bisher die höchste Tagesanzahl gewesen.
07.06.2021	Ab heute können sich die 12- bis 15-Jährigen für eine Corona-Impfung registrieren lassen. Bisher konnten sich Personen bis zum 16. Lebensjahr anmelden. In Polen gibt es 2,58 Mio. Schüler im Alter von zwölf bis 18 Jahren.
09.06.2021	Medienberichten zufolge plant der US-amerikanische Pharmakonzern Moderna, der einen Impfstoff gegen das Corona-Virus entwickelt hat, in Warschau sein Auslands-Dienstleistungszentrum für die Konzernfinanzen und -buchhaltung aufzubauen. Darüber haben Gespräche zwischen dem Konzern und dem polnischen Gesundheitsministerium stattgefunden. Im Juni solle der Mietvertrag unterzeichnet werden.
10.06.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Gesundheitsminister Adam Niedzielski stellen auf einer Pressekonferenz Lockerungen der Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vor. Ab dem 13. Juni kann in den Kirchen wieder die Hälfte der Plätze besetzt werden. Ab dem 26. Juni sind mehr Teilnehmer auf Messen und Konferenzen zugelassen, und zwar eine Person pro 10 m ² . Hotels, Gastronomie, Kinos, Theater und Jahrmärkte können bis zu 75 % ausgelastet werden. Geimpfte werden hier nicht mitgezählt. In den öffentlichen Verkehrsmitteln können die Plätze vollständig besetzt werden.
10.06.2021	Das Polnische Komitee für Öffentliche Gesundheit der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk – PAN) fordert die Regierung auf, eine gesetzlich verankerte Impfpflicht für alle Beschäftigten einzuführen, die im Gesundheitssystem, in der Pflege und Betreuung tätig sind.
11.06.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt in einem Fernsehinterview mit TVP Info, dass in Polen einige Dutzend Infektionen mit der Corona-Virusmutante Delta aufgetreten sind. Da die Infektionszahlen zurzeit gering seien, können diese Fälle gut nachverfolgt werden.
11.06.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt in einem Fernsehinterview mit TVP Info, dass ca. 60 Prozent der Einwohner in Polen aufgrund von Impfungen oder Covid-19-Erkrankungen gegen das Corona-Virus immun seien. Von einer Herdenimmunität wird ab 70 % der Bevölkerung gesprochen.
11.06.2021	Im Gesetzesblatt wird eine Verordnung der Regierung veröffentlicht, wonach ab dem 26. Juni organisierte oder spontane Ansammlungen mit bis zu 150 Personen erlaubt sind. Dies gilt zunächst bis zum 31. August. Die Teilnehmer müssen einen Mund-Nasen-Schutz tragen und den Mindestabstand von 1,5 Meter einhalten. Vollständig gegen Covid-19 geimpfte Personen werden nicht mitgezählt.
14.06.2021	Michał Dworczyk, Impfbeauftragter der Regierung, teilt im Nachrichtendienst »Twitter« mit, dass in der vergangenen Woche 2,4 Mio. Corona-Impfungen durchgeführt wurden. Das sei seit Beginn der nationalen Impfkampagne im Dezember 2020 die höchste Anzahl innerhalb von sieben Tagen.

CHRONIK

1. – 14. Juni 2021

01.06.2021	In Wilna (Litauen) findet ein Treffen der Präsidentenberater Polens und der baltischen Staaten als Vorbereitung auf den NATO-Gipfel am 14. Juni in Brüssel statt. Staatssekretär Paweł Soloch, Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), sagt auf einer Pressekonferenz, Polen und die baltischen Staaten wollen bei den Bündnispartnern für die gemeinsame Perspektive der Region an der NATO-Ostflanke werben.
02.06.2021	Das Außenministerium gibt bekannt, dass sich die Vertreterinnen der polnischen Minderheit in Belarus, Irena Biernacka, Anna Paniszewa und Maria Tiszkowska, seit dem 25. Mai infolge diplomatischer Bemühungen in Polen aufhalten. Die Aktivistinnen waren vorher vom belarussischen Geheimdienst inhaftiert worden.

04.06.2021	Präsident Andrzej Duda trifft sich in Warschau mit Vertreterinnen der polnischen Minderheit in Belarus. Irena Biernacka, Anna Paniszewa und Maria Tiszkowska waren in Belarus inhaftiert und sind seit dem 25. Mai in Polen. Auf der Pressekonferenz im Anschluss verurteilt Duda, dass die belarussische Regierung die polnische Minderheit verfolgt und durch Falschinformationen Unfrieden zwischen der polnischen Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft in Belarus zu stiften versuche.
04.06.2021	Nach einem Treffen mit den belarussischen Oppositionellen Swetlana Tichanowskaja und Pawel Latuschka in Warschau sagt Präsident Duda auf einer Pressekonferenz, dass Polen die Bestrebungen der belarussischen Oppositionsbewegung für ein souveränes und demokratisches Belarus unterstütze. Ob Belarus sich dann eher in Richtung Osten oder Westen orientiere, sei seine Angelegenheit.
07.06.2021	Das Außenministerium teilt mit, dass Polen 80 mobile Flüchtlingsunterkünfte im Wert von ca. 700.000 Zloty nach Zypern liefert. Zypern habe Polen um Hilfe beim Ausbau der Infrastruktur für Flüchtlinge gebeten. Die mobilen Unterkünfte bieten Platz für ca. 240 Personen.
08.06.2021	Außenminister Zbigniew Rau nimmt an der Videokonferenz der Außenminister des »Berliner Prozesses« teil. Polen erwarte, dass der politische Dialog mit den Ländern des Westbalkans über eine angestrebte EU-Mitgliedschaft verstärkt und der EU-Erweiterungsprozess vorangebracht würden. Auch im Rahmen der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), wo Polen aktuell den Vorsitz hat, habe Polen die Unterstützung der Länder in ihren europäischen Bestrebungen auf die Agenda gesetzt. Der »Berliner Prozess« ist eine europäische diplomatische Initiative zur Unterstützung der sechs Westbalkanstaaten auf dem Weg in die Europäische Union.
09.06.2021	In Warschau demonstrieren einige Hundert Bergleute und Beschäftigte des Energiesektors. Sie fordern von der Regierung, die Pläne zur Energietransformation in Polen detailliert vorzustellen. Außerdem solle jeder Arbeitsplatz, der im Energie- und Kohlesektor verloren gehen wird, ersetzt werden. Jacek Sasin, Minister für staatliche Aktiva, verweist auf den unterzeichneten Sozialvertrag mit dem Kohlesektor und zeigt sich gesprächsbereit gegenüber dem Energiesektor.
10.06.2021	Der stellvertretende Außenminister Marcin Przydacz informiert den Senat über die Aktivitäten der Regierung angesichts der Repressionen, denen die belarussische Opposition und die polnische Minderheit in Belarus von Seiten der belarussischen Regierung und Behörden ausgesetzt sind. Belarus sei seit den gefälschten Präsidentenwahlen dort im August 2020 zur größten Herausforderung der polnischen Ostpolitik geworden, sagt Przydacz. 1.500 Belarussen, die sich im letzten Jahr wegen Repressionen nach Polen abgesetzt haben, sei individuelle Hilfe (Sprachkurse, Übersetzung von Dokumenten, Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche, psychologische Hilfe) erteilt worden. Polen habe die Visavergabe erleichtert, so dass seit Ausbruch der Krise knapp 125.000 Visa, darunter 10.000 humanitäre Visa, ausgestellt worden seien.
11.06.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt bekannt, dass im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialprogramms »Polnische Ordnung« (Polski Ład) 90 Mio. Zloty mehr als ursprünglich vorgesehen für die Gemeinden bereit gestellt werden, in denen frühere Staatliche Landwirtschaftliche Betriebe (poln. PGR) aufgelöst wurden. Die nunmehr 340 Mio. Zloty sollen für Investitionen in die Infrastruktur verwendet werden. Bis zum Ablauf der Antragsfrist Mitte Februar haben ca. 1.600 Gemeinden 3.800 Anträge in einer Gesamthöhe von 5,4 Mrd. Zloty gestellt.
13.06.2021	Vor dem NATO-Gipfel am nächsten Tag in Brüssel sagt Krzysztof Szczerski, Leiter des Büros für Internationale Politik beim Präsidenten, nach der Entscheidung, aus Afghanistan abzuziehen, werde sich die NATO stärker auf die Verteidigungsfähigkeit des Territoriums der Bündnispartner fokussieren. Dabei müsse der Sicherheitsstatus aller Partner gleich sein und die zunehmend komplizierte Lage an der Nato-Ostflanke als eine der grundlegenden Herausforderungen des Bündnisses anerkannt werden.
14.06.2021	Nach neusten Angaben von Eurostat stieg die Industrieproduktion in Polen im April im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 45,2 % (EU: 38,7). Im Vergleich zum März 2021 fiel sie um 0,7 % (EU: + 0,5 %). Im Jahr 2020 war die Produktion infolge der Corona-Pandemie weltweit massiv zurückgegangen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

VERANSTALTUNG

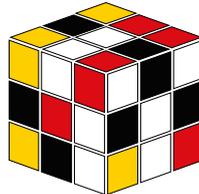


Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Deutsches Polen-Institut Darmstadt
Łazarski-Hochschule Warschau

laden Sie herzlich
zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz im Hybridformat ein

VON DER VERSÖHNUNG ZUR ALLTÄGLICHKEIT?

30 JAHRE DEUTSCH-POLNISCHE NACHBARSCHAFT. KONFERENZ



vom 17. bis 19. Juni 2021 in Warschau
und vom 24. bis zum 25. Juni in Oppeln
mitsamt Online-Übertragung

Am 17. Juni 2021 werden 30 Jahre seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vergangen sein. Aus diesem Anlass wollen wir eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre ziehen und die Richtung für zukünftige Aktivitäten aufzeigen.

Dreißig Jahre nach der Vertragsunterzeichnung, auf den Tag genau, werden uns während der Konferenz in Warschau in Gesprächen mit Zeitzeugen die Ereignisse von 1990/91 näher gebracht. An den folgenden Tagen greifen Referentinnen und Referenten, Kommentatorinnen und Kommentatoren in thematischen Sektionen zentrale Themen für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen auf wie Wirtschaft, Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Zivilgesellschaft sowie Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Wir werden auch darüber diskutieren, wie die deutsch-polnische Kommunikation gefördert werden kann.

In Oppeln werden wir uns auf die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren. Über ihre Vorteile und Herausforderungen werden Vertreter von Unternehmen diskutieren, die diese mitgestalten. Darüber hinaus werden sich Experten und Praktiker über die Situation der Polen in Deutschland und der Deutschen in Polen austauschen.

- Das Programm der beiden Veranstaltungen ist beigefügt.
- Detaillierte Informationen finden Sie auf den Webseiten:
PL: http://bit.ly/30_pl_de
DE: https://bit.ly/30_de_pl
- **Mitveranstalter:** Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Friedrich-Ebert Stiftung in Warschau, Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
- **Mitveranstalter der Veranstaltung in Oppeln:** Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln, Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer
- **Konferenzsprachen:** Polnisch und Deutsch. Die Veranstaltungen werden simultan gedolmetscht.



ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,

Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>